

ihr Anrecht auf Land wurde nicht geschützt, was die Holzfirmen ermutigte weiter Holz zu schlagen auch auf Land, das die Dayaks für sich beanspruchten.

Verhandlungsversuche

Die Dayaks haben verzweifelt versucht mit der Regierung des Bundesstaates über die Auseinandersetzungen um das Land zu verhandeln. Wie Jalong, ein später bei einer Blockade verhafteter Dayak Führer, im letzten Jahr aussagte: "Wir haben in so vielen Briefe geschrieben und auf so vielen Treffen mit unseren Führern und unserer Regierung unsere Probleme dargelegt. Alle haben versprochen dies und das für uns zu tun. Aber bis heute ist nichts geschehen ... sie behandeln uns einfach so, als ob wir gar nicht existieren würden und keinerlei Rechte hätten."

Im Juni 1987 kam eine Delegation von



Politiker Anwar Ibrahim und Leo Moggie: Leere Versprechungen

aus: Malaysian Business

12 Dayaks nach Kuala Lumpur um bei der Bundesregierung ihr Anliegen vorzutragen. Sie trafen eine Anzahl von Politikern. Anwar Ibrahim, heute Finanzminister, sagte damals, daß es die Politik der Regierung sei, die Rechte der Bevölkerung zu verteidigen ... insbesondere der ländlichen Bevölkerung. Leo Moggie, Vorsitzender der politischen Partei Sarawaks, PBDS, sagte, er hätte alle Sympathien und würde persönlich es gerne sehen, daß weniger abgeholzt würde. Der Vizevorsitzende der Sarawak National Party (SNAP), Luhah Wan, sagte, er würde darauf drängen, daß der Holzeinschlag aufhört und Holzkonzessionen annulliert werden. Der Polizeipräsident, Tan Sri Haniff Omar, sagte, er würde eine Arbeitsgruppe einrichten, die die Beschwerden über das Verhalten der Polizei und ihre Anwendung von Gewalt untersuchen soll. Keines dieser Versprechen wurde in die Tat umgesetzt; die Situation hat sich dagegen weiter verschlechtert.

Da das Land der Schlüssel zur ganzen Dayak Kultur darstellt, ist ihr Kampf um ihre Landrechte ein Kampf für ihre Lebensweise. In diesem Sinne sind auch Artikel der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen anwendbar.

Blockaden und Verhaftungen

Als die Situation immer kritischer wurde, haben die Dayaks nach direkteren Möglichkeiten gesucht, ihr Heimatland zu schützen. In vielen Gebieten führte das dazu, daß Menschenblockaden gebildet wurden, um die Arbeit der Holzfirmen zu verhindern. Seit 1987, als 23 Blockaden in Gebieten des Baram und Limbang Bezirks errichtet wurden, hat es viele solcher Blockaden in ganz Sarawak gegeben. In einzelnen Fällen wurden auch Brücken abgebrannt und Maschinen der Holzfirmen zerstört.

Die unmittelbare Reaktion der Regierung war 1987 eine Ergänzung der

"Forest Ordinance", um die Behinderung von Abholzungsarbeiten zu einem kriminellen Delikt zu machen. Nach Sektion 90 kann ein solches Vergehen maximal mit 2 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von M\$ 6.000 geahndet werden.

Bis heute sind viele hundert Dayaks wegen der Teilnahme an solchen Aktionen verhaftet und gefangen gehalten worden. Es hat viele Beschwerden gegeben über den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch die Polizei bei den Blockaden, sowie über Verprügeln und Mißhandlungen nach den Verhaftungen.

Die Errichtung von 3 Blockaden in Limbang, Belaga und Tatu am 20. Juni dieses Jahres ist ein weiteres Zeugnis der Entschlossenheit der Dayaks, ihren Kampf fortzusetzen, bis die Mißstände beseitigt oder ihre Wälder vernichtet sind.

Redaktionelle Überarbeitung und Übersetzung von Peter Franke

Die spektakulären Protest-Aktionen von Umweltaktivisten aus Europa, den USA und Australien in Sarawak gegen den extensiven Holzeinschlag und damit die Zerstörung des Regenwaldes, sowie die vorübergehende Verhaftung von 7 von ihnen, darunter 2 Deutsche, haben unterschiedliche Reaktionen hier wie dort hervorgerufen. Abgesehen davon, daß solche Aktionen, wie beabsichtigt, zu einem Medienereignis werden und damit zusätzlich weltweit die Öffentlichkeit auf die Zerstörung des tropischen Regenwaldes in Sarawak aufmerksam gemacht wird, ist nicht nur aus Kreisen der malaysischen Regierung der Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten, Aufhetzung der Bevölkerung und eines "Öko-Imperialismus" zu hören.

Niemand kann leugnen, daß die Auswirkungen der zunehmenden Umweltzerstörung weit über nationale Grenzen hinausgehen. Die Verursacher des sauren Regens sind meist weit von den Orten und Ländern weg, wo er schließlich herunterkommt; Katastrophen wie in Tschernobyl führten zu radioaktivem Niederschlag in großen Teilen Europas und die Zerstörung der riesigen, tropischen Wälder führen u.a. zu globalen Klimaveränderungen und beschleunigen die Erderwärmung, den sogenannten Treibhauseffekt.

Die zunehmende Betroffenheit, vor allem auch von Menschen aus den hochindustrialisierten Ländern, über die wachsende Umweltzerstörung in anderen Ländern, ist daher sehr zu begrüßen. Schließlich leben sie, leben wir in den Zentren der Industrie und wirtschaftlichen Macht, deren "Führer" und Interessen für die Durchsetzung eines solch zerstörerischen Systems des Wirtschaftens weltweit verantwortlich sind. Es besteht somit gerade bei uns auch eine moralische Pflicht, sich gegen die Umweltzerstörung und damit die Zerstörung der Lebensgrundlage anderer Völker zu wenden.

Allerdings muß dabei weitgehend Rücksicht auf die Menschen und Organisationen genommen werden, die bereits "vor Ort" aktiv sind. Gerade in Malaysia gibt es schon seit über zehn Jahren eine aktive, wenn auch zahlenmäßig kleine Umweltbewegung, die sich schon früher mit dem Problem des Holzeinschlags im tropischen Regenwald beschäftigt hat als etwa die Umweltorganisationen in den Industrieländern. Die in Sarawak betroffenen Stammesvölker, die Dayaks, wehren sich bereits seit Jahren gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Die massive Einschränkung der Menschenrechte durch die malaysische Gesetzgebung und die Willkür der Regierung erschwert die Schaffung eines Umweltbewußtseins und die Organisierung eines Widerstandes in der Bevölkerung erheblich. Mit viel Kleinarbeit vor Ort, An-

Öko-Internationalismus?



Sinnvolle Aktion in Europa: Bruno Manser vor dem Konferenzgebäude des G7-Treffens in London

aus: Guardian v. 18.7.91

sätzen von direkter und indirekter Zusammenarbeit verschiedener Gruppen und Organisationen, sowie mehr oder minder geschicktem Taktieren auf der politischen Ebene ist es bisher in Teilen der malaysischen Öffentlichkeit trotzdem gelungen, ein Bewußtsein über die Schutzwürdigkeit des Regenwaldes und der dort lebenden Menschen zu schaffen.

Durch die Aktionen der Ausländer, über deren Sinnhaftigkeit und mögliche Auswirkungen meines Wissens mit keinem der einheimischen Aktivisten vorher gesprochen wurde, haben sich nach unseren Informationen die Arbeitsbedingungen der malaysischen Aktivisten vor Ort erheblich verschlechtert. Durch die weitgehende Kontrolle der Medien in Malaysia setzt sich mit der Diffamierung der ausländischen Aktivisten, womit zu rechnen war, auch eine Diffamierung der Einheimischen als vom Ausland gesteuert und als Handlanger ausländischer Interessen durch. Bestehende Initiativen und Aktivitäten werden ins Abseits gedrängt. Unseres Wissens mußten sogar Ansätze von organisierten Formen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stammesvölkern aufgegeben werden, die Angesichts der räumlich weit voneinander liegenden verschiedenen Siedlungen und der zahlreichen, in Haft befindlichen Blockierer besonders wichtig sind. International war m.E. mit der Blockierung der Holzwege durch die Dayaks sowie die Verbreitung von Informationen durch internationale Umweltverbänden bereits eine große Öffentlichkeit hergestellt worden. Die Berichterstattung über die Aktionen am 5. Juli bedeutete keine qualitative Verbesserung.

Die "Öko-Internationalisten", die die Verhinderung der Abholzung des Regenwaldes weltweit im Kopf haben und zu großem Engagement bereit sind, müssen sich, bei einer völlig berechtigten Kampagne zu einem Land, in diesem Falle Sarawak/Malaysia, die Mühe machen, sich auch eingehend mit dem Land, ihren Umweltorganisationen und den politischen Bedingungen auseinanderzusetzen, wollen sie nicht zu individualistischen "Öko-Abenteurern" werden. Im Falle Malaysia haben sie das nicht getan und mit ihrer Aktion der Bewegung in Malaysia eher geschadet als genützt.

Ein bessere Zusammenarbeit mit Gruppen, die zu den Ländern arbeiten, könnte solche Fehler vermeiden helfen. Allerdings hatte es bisher aus Zeitgründen Seitens der Südostasien Informationsstelle keinerlei Bemühungen gegeben, hier in Deutschland Einfluß auf die Kampagne und ihre Aktionsformen zu nehmen, obwohl wir dazu eingeladen waren.

Peter Franke